

Diskussion

Bettina Engels

Die gestohlene Revolution Burkina Fasos Präsident Blaise Compaoré musste nach 27 Jahren im Amt zurücktreten

Es war lange zu erwarten gewesen und kam dann doch überraschend: Am Mittag des 31. 10. 2014 verkündete Burkina Fasos Präsident Blaise Compaoré in einer Fernsehansprache gezwungenermaßen seinen Rücktritt. In den Stunden zuvor hatten bereits Sprecher des Militärs sowie eines zivilgesellschaftlichen Bündnisses erklärt, Compaoré sei als Präsident abgesetzt. Dem vorangegangen waren spontane *riots* und Massendemonstrationen im ganzen Land. Auslöser war ein Antrag auf Verfassungsänderung, der am 21. 10. angekündigt wurde und Blaise Compaoré eine erneute Kandidatur bei den für 2015 geplanten Präsidentschaftswahlen sowie eine fünfte Amtszeit ermöglichen sollte. Schüler_innen und Studierende streikten daraufhin am 24. 10. und legten die Hauptstadt Ouagadougou weitgehend lahm. In der Erwartung weiterer Proteste schloss die Regierung in der Folgewoche die Schulen und Universitäten im ganzen Land. Die Proteste eskalierten am 30. 10., als die Verfassungsänderung im Parlament zur Abstimmung stand. Die staatlichen Sicherheitskräfte setzten Tränengas, Schlagstöcke und Schusswaffen gegen Demonstrant_innen ein. Mindestens 30 Menschen wurden bei den Auseinandersetzungen getötet. Etwa 1.500 Protestierende durchbrachen die Polizeikette und besetzten das Parlamentsgebäude sowie wenig später den nationalen Fernsehsender in Ouagadougou. Das Parlament musste seine Sitzung abbrechen und die umstrittene Abstimmung annullieren. Unter Druck der Proteste sowie des Militärs löste Präsident Compaoré die Regierung auf und zog abends dann seinen Antrag auf Änderung der Verfassung zurück. Sein Amt wollte er zunächst jedoch nicht aufgeben. Dazu zwang ihn das Militär am nächsten Tag. Gut zwei Wochen lang stand ein hochrangiger Militär, Oberstleutnant Yacouba Isaac Zida, an der Spitze des Staates. Auf der Grundlage einer von Vertreter_innen von Militär, Parteien und Zivilgesellschaft unterzeichneten Übergangscharta wurde am 17. 11. 2014 erstmals in der burkinischen Geschichte ein Zivilist, der ehemalige Diplomat Michel Kafando, zum Übergangspräsidenten bestimmt.

Er erklärte umgehend Zida zum Premierminister. Nationale Wahlen sind für November 2015 geplant.

Es war nicht nur abzusehen, dass die „Ära Blaise Compaoré“ zu Ende gehen würde – es war auch abzusehen, dass sie genau so, wie geschehen, zu Ende gehen würde, wenn Compaoré sich weigern würde, das Amt des Staatspräsidenten 2015 abzugeben. Denn der Sturz Compaorés ist in dreifacher Hinsicht typisch: typisch angesichts der Geschichte Obervoltas bzw. Burkina Fasos (das Land wurde 1984 in Burkina Faso umbenannt) seit der Dekolonisierung; typisch für die Massenproteste, die in den letzten Jahren in Burkina Faso und vielen anderen afrikanischen Staaten stattfanden und so manchen Präsidenten das Amt kosteten; und typisch insofern, als das Militär in vielen Fällen eine zentrale Rolle einnimmt, wenn Staatsechefs oder Regime zu Fall gebracht werden.

In diesem Beitrag ordne ich das Ende der Präsidentschaft von Blaise Compaoré in den Kontext der politischen Geschichte Burkina Fasos seit den 1960er Jahren sowie der jüngeren Auseinandersetzungen um Demokratie, sozioökonomische Ungleichheit und die Macht im Staat in vielen afrikanischen Ländern ein. Dazu stelle ich zuerst die politische Geschichte Burkina Fasos seit der Dekolonisierung dar, die sich durch eine Folge von Streiks, Militärcoups und Wechseln an der Staatsspitze auszeichnete, bis Blaise Compaoré 1987 die Macht übernahm. Daran anschließend zeichne ich nach, wie der zivilgesellschaftliche Druck auf Compaoré seit den frühen 1990er Jahren stetig gewachsen ist, bis er mit den Protesten 2013-2014, die zum erzwungenen Rücktritt des Präsidenten führten, einen vorläufigen Höhepunkt erreichte. Die jüngsten Auseinandersetzungen in Burkina Faso lassen sich als Teil einer afrikaweiten Protestwelle einordnen, die im nächsten Abschnitt skizziert wird. Die Rolle des Militärs beim Sturz Compaorés und die Reaktionen der zivilgesellschaftlichen Gruppen darauf stelle ich anschließend dar. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick auf die Herausforderungen, vor denen die zukünftige Regierung steht.

Streiks, Militärcoups und wechselnde Regierungen

Die ersten beiden Dekaden der Geschichte des 1960 unabhängig gewordenen Obervolta zeichneten sich durch einen mehrfach wiederkehrenden Wechsel von Streiks, Militärcoups und Verfassungsreferenden aus (vgl. Englebert 1996). Schon der erste Präsident Obervoltas, Maurice Yaméogo, stürzte 1966 infolge massiver Proteste der Gewerkschaften gegen die Einschränkung von Arbeiter_innenrechten, insbesondere ein 1964 erlassenes Streikverbot. Auf einen Generalstreik im Januar 1967 folgte ein

Militärputsch, und Hauptmann Sanboulé Lamizana übernahm das Präsidentschaftsamt. Ein Verfassungsreferendum begründete 1970 die sogenannte II. Republik. Einer weiteren Streikwelle folgten Anfang des Jahres 1976 die Auflösung der Regierung durch Lamizana und ein weiteres Referendum. Die III. Republik bestand lediglich zwei Jahre: Im Jahr 1980 streikten landesweit die Lehrer_innen, es folgten ein Militärcoup, die Aussetzung der Verfassung und die Bildung einer Junta durch Saye Zerbo. Zerbo wurde im November 1982 nach einem erneuten Putsch von Jean-Baptiste Ouédraogo abgelöst. Ouédraogo ernannte den Armeehauptmann Thomas Sankara zum Premierminister. Als Sankara unter anderem wegen seiner Kritik an Ouédraogos-Regime wenige Monate, nachdem er sein Amt angetreten hatte, verhaftet wurde, erzwangen Studierende und Gewerkschaften mit Streiks seine Freilassung (Hagberg 2002: 228-229). Im folgenden Jahr putschte Sankara selbst; unterstützt wurde er dabei unter anderem von Blaise Compaoré, ebenfalls Hauptmann der Armee.

Thomas Sankara war eine schillernde und charismatische Figur und wurde nach seinem Tod rasch zur Ikone, vergleichbar mit Che Guevara – nicht nur in Burkina Faso, sondern in ganz Afrika, in Europa und den Amerikas. Sankaras Popularität gründet sich auf seine Verdienste unter anderem um die Korruptionsbekämpfung, Gesundheitspolitik und Frauenförderung – trotz aller Kritik an seinem „Revolutionsregime“ und dessen Institutionen, die häufig repressiv auftraten (Harsch 2013). Wesentlich für den Mythos um Sankara ist sein früher Tod: Im Oktober 1987 wurde Sankara bei einem Militärputsch getötet, infolge dessen sein früherer Weggefährte Blaise Compaoré Präsident wurde. Compaoré wird nicht nur die Organisation des Putsches zugeschrieben; ihm wird auch vorgeworfen, für den Tod Sankaras – dessen Umstände bis heute nicht vollständig aufgeklärt und juristisch verfolgt wurden – verantwortlich zu sein. Der Coup gegen Sankara blieb für 27 Jahre der letzte und Compaoré bis zum 31. 10. 2014 im Amt. Compaorés Regierungszeit wurde auf ähnliche Weise beendet wie die der meisten seiner Vorgänger: Wieder spielten Gewerkschaften und Studierende eine wichtige Rolle in den Massenprotesten, und wieder war es letztlich das Militär, das den Präsidenten aus dem Amt trieb.

Wachsender Druck der Zivilgesellschaft

Compaorés erzwungener Rücktritt war abzusehen. Der Druck auf den Präsidenten war in den letzten 15 Jahren immer weiter gewachsen, die Abstände zwischen den Massenprotesten waren immer kürzer geworden (Chouli 2012; Engels 2015a). Seit Anfang des Jahres 2014 fanden fast monatlich

Großdemonstrationen statt. Gewerkschaften und Studierende spielten eine wesentliche Rolle in den Protesten. Beide weisen eine Jahrzehnte lange Tradition als oppositionelle politische Kräfte in Burkina Faso auf, die bis in die Jahre unmittelbar nach der Dekolonisierung zurück reicht. Der mitgliederstärkste gewerkschaftliche Dachverband, die *Confédération générale des travailleurs du Burkina* (CGT-B), wurde 1988 gegründet und orientierte sich an der französischen *Confédération générale du Travail* (CGT). Neben der CGT-B existieren fünf weitere Gewerkschaftsverbände: die *Confédération Nationale des Travailleurs du Burkina* (CNTB), die *Confédération Syndicale Burkinabè* (CSB), die *Force Ouvrière – Union Nationale des syndicats libres* (FO-UNSL), die *Organisation Nationale des Syndicats Libres* (ONSL) und die *Union Syndicale des Travailleurs du Burkina Faso* (USTB). Die sechs Verbände sind mit 16 unabhängigen Einzelgewerkschaften in der *Unité d'Action Syndicale* (UAS) zusammengeschlossen. Die burkinischen Gewerkschaften sind entlang ideologischer Linien organisiert; alle verstehen sich als politische Verbände, die auch jenseits von unmittelbar arbeitsbezogenen Themen politisch aktiv sind (vgl. Kabeya Muase 1989). Die größte und einflussreichste burkinische Menschenrechtsorganisation, der *Mouvement burkinabè des droits de l'homme et des peuples* (MBDHP), wurde ein Jahr nach der CGT-B 1989 gegründet. In vielen Ländern, so auch in Burkina Faso, sind nach kolonialem Vorbild auch die Studierenden und teilweise die Schüler_innen weiterführender Schulen gewerkschaftlich organisiert. Die landesweiten Studierendenverbände *Union Générale des Etudiants Burkinabè* (UGEB) und *Association nationale des étudiants burkinabè* (ANEB) wurden bereits 1960, im Jahr der Dekolonisierung gegründet (Bianchini & Korbéogo 2008; Sory 2012). Personelle Überschneidungen zwischen den zivilgesellschaftlichen Verbänden sind die Regel; praktisch alle Funktionär_innen der CGT-B und ihrer Mitgliedsorganisationen waren zuvor in der Studierendenbewegung organisiert (Loada 1999: 34). Dies spiegelt sich auch auf der Mitgliederebene wider.

Wie in den meisten anderen afrikanischen Staaten bilden auch in Burkina Faso die Angestellten des öffentlichen Diensts die größte Gruppe der gewerkschaftlichen Klientel; die Gewerkschaften im Bildungs- und Gesundheitsbereich stellen die mit Abstand mitgliederstärksten und einflussreichsten Mitglieder der Gewerkschaftsverbände dar. Bedingt durch die schwach ausgeprägte industrielle Entwicklung sind im Vergleich zu Europa große Industriegewerkschaften in Afrika südlich der Sahara seltener anzutreffen. Dass die Gewerkschaften vor allem im städtischen, gut ausgebildeten Mittelschichtsmilieu verankert sind und dass die Organisationen der Studierenden und Schüler_innen sich selbst als Gewerkschaften verstehen,

erklärt, warum Bündnisse und gemeinsame Proteste von Gewerkschaften, Studierenden und Schüler_innen vergleichsweise leicht zu organisieren sind und häufig stattfinden. Auch ist so zu erklären, warum politischer Protest vor allem in den Städten stattfindet. In den meisten Staaten in Afrika südlich der Sahara, so auch in Burkina Faso, bestehen große Unterschiede zwischen der die jeweilige Kolonial- und Amtssprache (Französisch, Englisch bzw. Portugiesisch) sprechenden Elite in den Städten, welche die Basis der zivilgesellschaftlichen Bewegungen bilden, auf der einen Seite und den ländlichen Bevölkerungsgruppen auf der anderen Seite (vgl. Hagberg 2002: 227).

Proteste insbesondere von Studierenden und Angestellten des öffentlichen Dienstes in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren führten in Burkina Faso (wie in vielen anderen afrikanischen Staaten auch) zu einer formalen politischen Liberalisierung (Bratton & Walle 1992: 423). 1990 wurde das Mehrparteiensystem eingeführt, im folgenden Jahr mit einem Verfassungsreferendum die IV. Republik begründet. Bei den ersten Mehrparteienwahlen, die allerdings von der Opposition boykottiert wurden, wurde Compaoré im Amt bestätigt. Bereits die unmittelbar auf die formale politische Liberalisierung folgende erste Phase der „Strukturanpassung“ (das erste Strukturanpassungsprogramm wurde in Burkina Faso von 1991-1993 implementiert) war durch gewerkschaftliche und studentische Proteste gegen die liberale, auf den Weltmarkt orientierte Wirtschaftspolitik gekennzeichnet (Englebert 1996; Federici & Caffentzis 2000; Harsch 1998).

Die nächsten Massenproteste folgten knapp zehn Jahre später. Anlass war die Ermordung des Journalisten Norbert Zongo im Dezember 1998. Zongo, Gründer und Herausgeber der unabhängigen Wochenzeitung *L'Indépendant*, hatte Recherchen zum Tod von David Ouédraogo unternommen, einem Fahrer von Blaise Compaorés Bruder François. Der Journalist wurde erschossen in seinem ausgebrannten Auto aufgefunden. Die Regierung erklärte, er sei bei einem Unfall gestorben. Am nächsten Tag gingen Tausende auf die Straßen und forderten die Aufklärung der Umstände des Todes von Norbert Zongo und ein Ende der Strafflosigkeit (Frère 2010; Harsch 2009). Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, Schüler_innen und Studierende schlossen sich zum „Kollektiv der demokratischen Massenorganisationen und politischen Parteien“ zusammen, um die zivilgesellschaftlichen Proteste gegen die Strafflosigkeit zu bündeln. Das „Kollektiv“ besteht bis heute und mobilisierte im Dezember 2014 anlässlich des Todestags von Norbert Zongo wie schon regelmäßig in den 16 Jahren seit dessen Ermordung Tausende von Menschen zu einer zentralen Demonstration in Ouagadougou.

Seit den Massenprotesten, die der Tod des Zeitungsgründers Zongo Ende der 1990er Jahre auslöste, ist der Druck auf das „semi-autoritäre

Regime“ (Hilgers & Loada 2013) von Blaise Compaoré ständig gewachsen (Chouli 2012; Hilgers 2010; Loada 2010). Im Jahr 2008 fanden im Zuge der weltweiten Nahrungsmittelpreiskrise Hungeraufstände, Generalstreiks und Demonstrationen gegen die hohen Lebenshaltungskosten mit zehntausenden Teilnehmer_innen statt (Engels 2013). Die nächste Protestwelle folgte nur drei Jahre später, als der Schüler Justin Zongo (nicht verwandt mit Norbert Zongo) in der Stadt Koudougou starb, nachdem er mehrfach von der Gendarmerie festgenommen worden war. Die darauf folgenden Proteste weiteten sich rasch auf das ganze Land aus. Zwischen März und Mai 2011 meuterten nacheinander unterschiedliche Einheiten des Militärs sowie die Präsidentschaftsgarde. Blaise Compaoré musste kurzzeitig aus Ouagadougou fliehen und konnte die bis dahin schwerste Krise in seiner Regierungszeit nur bewältigen, indem er das Kabinett auflöste, einen neuen Premierminister einsetzte und sich den Forderungen der Gewerkschaften und anderer zivilgesellschaftlicher Gruppen sowie des Militärs gegenüber kompromissbereit zeigte (CNP 2011; Hilgers & Loada 2013). Schon zu diesem Zeitpunkt war absehbar, dass die Frage seiner möglichen erneuten Kandidatur bei den Präsidentschaftswahlen den nächsten großen Konflikt darstellen würde. Als sich abzeichnete, dass Compaoré eine fünfte Amtszeit anstrebte, mobilisierten parteipolitische und zivilgesellschaftliche Bündnisse gleichermaßen, aber getrennt voneinander, dagegen. Die Proteste richteten sich gegen Compaorés Versuch, den Artikel 37 der burkinischen Verfassung zu ändern, um bei den Präsidentschaftswahlen 2015 erneut kandidieren zu können (Loada & Romaniuk 2014).

Neben den bestehenden oppositionellen Bündnissen von Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, Berufsverbänden, Schüler_innen und Studierenden war im Zuge der Proteste gegen eine erneute Amtszeit Compaorés im Sommer 2013 eine weitere zivilgesellschaftliche Gruppe entstanden, der *Balai Citoyen* (wörtlich etwa „Bürgerbesen“). Gründer und Frontfiguren von *Balai Citoyen* sind der Reggae-Musiker Sams’K le Jah und der Rapper Serge Bambara alias „Smockey“ (*radio france internationale* 20. 7. 2014). Sie nutzen ihre Popularität als Künstler, um zahlreiche Menschen zu den Protesten gegen Compaoré zu mobilisieren. Zumindest rhetorisch stellen sie sich in die Tradition Thomas Sankaras: Der Besen sei ein Symbol dafür, Compaoré und seine herrschende Elite „auskehren“ zu wollen, erklärte Sams’K le Jah gegenüber der Presse (*BBC News*, 30. 4. 2014). „Der Besen soll auch Ehrung für an Thomas Sankara erinnern, der wöchentliche Straßenreinigungs-Aktionen organisiert hatte.“ (ebd.)

Erneut spielten Gewerkschaften und Studierendenorganisationen eine wichtige Rolle bei den Demonstrationen in den Jahren 2013 und 2014,

bei denen zehntausende Menschen auf die Straßen gingen (*Jeune Afrique*, 20. 7. 2013; *Sidwaya*, 29. 10. 2014). Die UAS kündigte einen 24-stündigen Streik für den 11. 11. 2014 sowie einen 48-stündigen Streik für den 25.-26. 11. 2014 an (UAS 2014). Nach Compaorés erzwungenem Rücktritt wurden die Streiks ausgesetzt (*Le Pays*, 9. 11. 2014). Auch in seiner eigenen Partei, dem regierenden *Congrès pour la démocratie et le progrès* (CDP), hatte Compaoré zusehends an Rückhalt verloren. Im Januar 2014 erklärten 75 zum Teil einflussreiche CDP-Politiker_innen ihren Austritt aus der Partei.

Teil einer afrikaweiten Protestwelle

Balai Citoyen hat in der senegalesischen Bewegung *Y'en a marre* (wörtlich: „Wir haben genug davon“ oder „Wir haben die Schnauze voll“) ein Vorbild: „*Ici aussi, y'en a marre!*“ („auch hier haben wir genug davon!“) überschrieb das Magazin *Jeune Afrique* einen Bericht über *Balai Citoyen* (*Jeune Afrique*, 13. 9. 2013). Auch *Y'en a marre* ist ein Projekt von Rap- und Hip-Hop-Künstlern, die ihren Bekanntheitsgrad und ihre Musik nutzten, um innerhalb kurzer Zeit zahlreiche junge Menschen zu politischen Protesten zu mobilisieren (Prause 2013). Ähnlich wie in Burkina Faso wollte Senegals damaliger Präsident Abdoulaye Wade Anfang 2012 die Verfassung ändern, um sich eine weitere Amtszeit zu ermöglichen. Trotz massenhafter Proteste, bei denen *Y'en a marre* eine wichtige Rolle spielte, setzte Wade die Verfassungsänderung durch und trat bei den Wahlen an, verlor jedoch und gab das Amt auch tatsächlich ab.

Burkina Faso und Senegal sind zwei von mehreren Beispielen, in denen soziale Bewegungen in Afrika gegen die Bestrebungen von Staatspräsidenten, ihre Amtszeiten über die in den jeweiligen Verfassungen vorgesehene Begrenzung hinaus zu verlängern, protestieren. Die große Mehrheit der afrikanischen Staaten verankerte mit der politischen Liberalisierung nach 1990 in ihren Verfassungen Klauseln, welche die Amtszeit des Präsidenten begrenzen. In der Regel ist eine einmalige Wiederwahl möglich. In vielen Staaten bemühten sich die Präsidenten und politischen Eliten um die Aufhebung dieser Klauseln und riefen damit Proteste seitens der Demokratiebewegungen hervor. In Malawi und Sambia beispielsweise gelang es diesen, die Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten zu verteidigen, in anderen Fällen wie in Uganda scheiterten sie (Dulani 2011).

Die Bewegungen gegen die Aufhebung der Amtszeitbegrenzung sind nur ein Beispiel für unzählige soziale Bewegungen, die seit den frühen 2000er Jahren überall auf dem afrikanischen Kontinent aktiv sind und die vielfach einen grundlegenden politischen und ökonomischen Wandel fordern

(vgl. Bond 2014; Manji & Ekine 2012). Firoze Manji (2013) bezeichnete sie als „Afrikanisches Erwachen“. Bekannte Beispiele sind die *service-delivery*-Proteste und die Bewegungen von Shack-Bewohner_innen in Südafrika (Alexander 2010; Pithouse 2008) oder die Proteste gegen den Anstieg der Nahrungsmittel- und Benzinpreise (König 2013; Patel & McMichael 2009). Typisch für die meisten Proteste ist, dass sie sozioökonomische und demokratische Forderungen als untrennbar miteinander verbunden formulieren und sich damit gegen die herrschenden Parteien und Präsidenten richten, die wie in Burkina Faso oftmals seit vielen Jahren oder Jahrzehnten an der Macht sind (vgl. Engels 2015b).

„Die Militärs stehlen uns die Revolution“

Präsidentenwahlen und damit verbundene Konflikte um Verfassungs- und Gesetzesänderungen hat es in den letzten Jahren in zahlreichen afrikanischen Ländern gegeben. Auch dass das Militär wie in Burkina Faso als wichtiger Akteur an diesen Konflikten beteiligt ist, ist typisch. In der benachbarten Côte d'Ivoire mündeten die Konflikte um das Wahlrecht 2002 in einen Militärcoup und innerstaatlichen Krieg – es dauerte zehn Jahre, bis das nächste Mal Präsidentenwahlen stattfinden konnten. Im Niger und in Guinea ging es schneller: In beiden Staaten wurde Ende 2010 gewählt, nachdem das Militär im Februar 2010 (Niger) bzw. im Dezember 2008 (Guinea) geputscht hatte. Auch in Mali putschte die Armee im März 2012 gegen den damaligen Präsidenten Amadou Touré.

Angesichts der burkinischen Geschichte seit den 1960er Jahren ebenso wie der Erfahrungen in anderen westafrikanischen Staaten ist es wenig überraschend, dass das Militär vorübergehend die Macht übernommen hat, nachdem Blaise Compaoré zum Rücktritt gezwungen worden war. Trotzdem sind die zivilgesellschaftlichen Gruppen enttäuscht. Das Militär habe die Straßenproteste instrumentalisiert. „Die Militärs stehlen uns die Revolution“, kommentierte ein Aktivist am Tag nach dem Rücktritt Compaorés (Gespräch mit der Autorin, 1. 11. 2014). „Gebt den Zivilist_innen, was ihnen gehört“, forderte ein anderer im Nachrichtenportal *lefaso.net* (*lefaso.net*, 5. 11. 2014). Die Armee habe einen Staatsstreich verübt, erklärte der MBDHP-Vorsitzende Chrysogone Zougmore, der zugleich Vizepräsident des zivilgesellschaftlichen Bündnisses „Koalition gegen das teure Leben“ ist, auf einer Pressekonferenz am 2. 11. 2014. Das Militär habe sich „ein weiteres Mal die Früchte des heldenhaften Kampfes des Volkes widerrechtlich angeeignet“ (Coalition Contre la Vie Chère 2014). Dies „ebnet den

Weg für antidemokratische Bestrebungen, wie uns die Geschichte unseres Landes lehrt“ (ebd.).

Die Euphorie über den Sturz Compaorés war kurzzeitig groß. Im Oktober 2014 entlud sich in den Protesten die angestaute Wut über eine als korrupt wahrgenommene politische Elite, über eine als Fassade empfundene formale Demokratie und über die enorme soziale Ungleichheit in einem der ärmsten Länder der Welt. Compaoré, für viele eine Personalisierung all dessen, sollte gehen. Was allerdings konkret nach seinem Sturz geschehen soll, bleibt zunächst offen. Klar ist, dass möglichst bald Wahlen stattfinden müssen und eine zivile Regierung gebildet werden muss. Allerdings gibt es im parteipolitischen Spektrum Burkina Fasos kaum Akteure, die über ein hinreichend breites Vertrauen in der Bevölkerung und über die demokratisch-parlamentarische Erfahrung verfügen, um den Herausforderungen, vor denen eine neu zu bildende Regierung stehen wird, gerecht werden zu können.

Diese Herausforderungen sind enorm. In den 54 Jahren seit der Dekolonisierung war das politische System Burkina Fasos durch Putsche und Militärherrschaft gekennzeichnet – die Hälfte der Zeit war dies Blaise Compaoré. Wenn es gelingen sollte, 2015 erstmals in der Geschichte des Landes einen Präsidenten (dass es eine Präsidentin werden könnte, ist eher unwahrscheinlich) durch freie Wahlen zu bestimmen, der nicht aus dem Militär kommt und das Amt neu übernimmt, muss dieser die Verantwortung für die politische, gesellschaftliche und juristische Aufarbeitung der „Ära Blaise Compaoré“ übernehmen. Hierzu gehört, die Entwicklung eines Parteiensystems herbeizuführen, das eine repräsentative Demokratie ermöglicht und in dem andere Parteien dem CDP nach über zwei Jahrzehnten als Regierungspartei ernsthaft Konkurrenz machen können. Bisher fungiert Parteipolitik in Burkina Faso vor allem als Weg, den Zugriff auf staatliche Ressourcen und deren Verteilung an die eigene Klientel zu sichern – nicht als Mechanismus der politischen Willens- und Mehrheitsbildung. Die vielleicht größte Herausforderung besteht darin, die Rolle des Militärs neu zu bestimmen. Das heißt vor allem, die Macht des Militärs wirksam zu begrenzen, die Armee als politischen Akteur auszuschalten und die Streitkräfte einer klaren parlamentarischen Kontrolle zu unterwerfen.

Juristisch sind einige mit großer Wahrscheinlichkeit politisch begründete Fälle von Morden und „Verschwindenlassen“ aufzuklären – neben den prominentesten, Thomas Sankara und Norbert Zongo, auch die einiger Aktivist_innen der Studierenden-, Menschenrechts- und Gewerkschaftsbewegung. Eine wichtige Voraussetzung dafür, dass zukünftige Regierungen in Burkina Faso nicht mit den gleichen gewaltsamen Mitteln wie in der Vergangenheit gegen Oppositionelle vorgehen, bestehen in der Aufklärung

und öffentliche Aufarbeitung dieser Fälle und gerichtliche Verfahren gegen die Täter_innen und die politisch sowie militärisch Verantwortlichen. Denn der nächste Regierungswechsel in Burkina Faso sollte nicht wieder Dutzende Tote fordern.

Literatur

- Alexander, Peter (2010): „Rebellion of the Poor: South Africa's Service Delivery Protests: A Preliminary Analysis“. In: *Review of African Political Economy*, Bd. 37, Nr. 123, S. 25-40.
- Bianchini, Pascal, & Gabin Korbéogo (2008): „Le syndicalisme étudiant, des origines à nos jours: un acteur permanent dans l'évolution socio-politique du Burkina Faso“. In: *Journal of Higher Education in Africa*, Bd. 6, Nr. 2 & 3, S. 33-60.
- Bond, Patrick (2014): „Social Scientists' Failure of Analytical Nerve: 'Africa Rising' from Above, or Uprising from Below?“. In: *Africa Development*, Bd. 39, Nr. 1, S. 37-64.
- Bratton, Michael, & Nicolas van de Walle (1992): „Protest and Political Reform in Africa“. In: *Comparative Politics*, Bd. 24, Nr. 4, S. 419-442.
- Coalition Contre la Vie Chère (2014): *Situation nationale: La CCVC appelle la population à faire échec 'à ce énième coup d'Etat militaire'* (Presseerklärung der Coalition Contre la Vie Chère, 2. 11. 2014). Ouagadougou.
- Chouli, Lila (2012): „Peoples' revolts in Burkina Faso“. In: Manji & Ekine 2012, S. 131-146.
- CNP – Centre National de Presse Norbert Zongo (2011): *Crise Sociale au Burkina Faso. Relecture de Presse sur la crise consécutive au décès de l'élève Justin Zongo à Koudougou, période: février-mars 2011, Ouagadougou 2011*. Ouagadougou.
- Dulani, Boniface (2011): „Democracy Movements as Bulwarks against Presidential Usurpation of Power: Lessons from the Third-Term Bids in Malawi, Namibia, Uganda and Zambia“. In: *Stichproben*, Bd. 11, Nr. 20, S. 115-139.
- Engels, Bettina (2013): „'Wenn Du den Esel nicht schlägst...' Hungeraufstände und gewerkschaftlicher Protest gegen hohe Lebenshaltungskosten in Burkina Faso“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 129, S. 39-57.
- Engels, Bettina (2015a): „Social Struggles Against the High Cost of Living in Burkina Faso“. In: *Canadian Journal of Development Studies/Revue canadienne d'études du développement*, Bd. 36, i.E.
- Engels, Bettina (2015b): „Different Means of Protest, same Causes: Popular Struggles in Burkina Faso“. In: *Review of African Political Economy*, Bd. 42, Nr. 143, i.E.
- Englebert, Pierre (1996): *Burkina Faso: Unsteady Statehood in West Africa*. Boulder, CO.
- Federici, Silvia, & Goerge Caffentzis (2000): „Chronology of African University Students' Struggles: 1985-1998“. In: Federici, Silvia; George Caffentzis & Ousseina Alidou (Hg.): *A Thousand Flowers: Social Struggles Against Structural Adjustment in African Universities*. Asmara, S. 115-150.
- Frère, Marie-Soleil (2010): „'Enterrement de première classe' ou 'leçon de droit': La presse burkinabè et l'affaire Norbert Zongo“. In: Hilgers & Mazzocchi 2010, S. 241-267.
- Hagberg, Sten (2002): „'Enough is Enough': an ethnography of the Struggle against Impunity in Burkina Faso“. In: *The Journal of Modern African Studies*, Bd. 40, Nr. 2, S. 217-246.
- Harsch, Ernest (1998): „Burkina Faso in the Winds of Liberalisation“. In: *Review of African Political Economy*, Bd. 25, Nr. 78, S. 625-641.
- Harsch, Ernest (2009): „Urban Protest in Burkina Faso“. In: *African Affairs*, Bd. 108, Nr. 431, S. 263-288.

- Harsch, Ernest (2013): „The Legacies of Thomas Sankara: a Revolutionary Experience in Retrospect“. In: *Review of African Political Economy*, Bd. 40, Nr. 137, S. 358-374.
- Hilgers, Mathieu (2010): „Evolution of Political Regime and Evolution of Popular Political Representations in Burkina Faso“. In: *African Journal of Political Science and International Relations*, Bd. 4, Nr. 9, S. 350-359.
- Hilgers, Mathieu, & Augustin Loada (2013): „Tension et protestations dans un régime semi-autoritaire: croissance des révoltes populaires et maintien du pouvoir au Burkina Faso“. In: *Politique Africaine*, Nr. 131, S. 187-208.
- Hilgers, Mathieu, & Jacinthe Mazzocchi (2010) (Hg.): *Révoltes et oppositions dans un régime semi-autoritaire. Le cas du Burkina Faso*. Paris.
- Kabeya Muase, Charles (1989): *Syndicalisme et démocratie en Afrique noir: l'expérience du Burkina Faso*. Abidjan.
- König, Claus-Dieter (2013): „Woher der Wind weht in Westafrika“. In: *PROKLA*, Nr. 170, S. 43-60.
- Loada, Augustin (1999): „Réflexions sur la société civile en Afrique : Le Burkina de l'après-Zongo“. In: *Politique Africaine*, Nr. 76, S. 136-151.
- Loada, Augustin (2010): „Contrôler l'opposition dans un régime semi-autoritaire. Le cas du Burkina Faso de Blaise Compaoré“. In: Hilgers & Mazzocchi 2010, S. 269-294.
- Loada, Augustin, & Peter Romaniuk (2014): *Preventing Violent Extremism in Burkina Faso. Toward National Resilience Amid Regional Insecurity*. Goshen.
- Manji, Firoze (2013): „Afrikanisches Erwachen: Der Mut, die Zukunft zu erfinden“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 129, S. 78-97.
- Manji, Firoze, & Sokari Ekine (2012) (Hg.): *African Awakening: The Emerging Revolutions*. Cape Town.
- Patel, Raj, & Philip McMichael (2009): „A Political Economy of the Food Riot“. In: *Review*, Bd. 32, Nr. 1, S. 9-35.
- Pithouse, Richard (2008): „A Politics of the Poor: Shack Dwellers' Struggles in Durban“. In: *Journal of Asian and African Studies*, Bd. 43, Nr. 1, S. 63-94.
- Prause, Louisa (2013): „Mit Rap zur Revolte: Die Bewegung Y'en a marre“. In: *PROKLA*, Nr. 170, S. 23-41.
- Sory, Issa (2012): „L'Université de Ouagadougou : territoire de la contestation et de la répression des étudiants“. In: *Journal of Higher Education in Africa*, Bd. 10, Nr. 1, S. 71-194.
- UAS – Unité d'Action Syndicale (2014): *Notification de préavis de grève* (Nr. 2014-22–UAS/CS-SA/PDM, 9 Octobre 2014). Ouagadougou.

Anschrift der Autorin:

Bettina Engels

bettina.engels@fu-berlin.de